

# Ein Notfallplan für die Betreuung von Kindern im Grundschulalter in städtischen Einrichtungen

Dienstag, 16. Mai 2017

Antrag

Das Referat für Bildung und Sport erstellt einen Notfallplan für die Betreuung von Kindern im Grundschulalter in städtischen Einrichtungen. Dieser Plan greift ausschließlich in Einrichtungen, welche aus Gründen des Personalmangels nicht die komplette Anzahl an Betreuungsplätzen anbieten können. Die Laufzeit des Notfallplans wird auf das nächste Schuljahr begrenzt, anschließend legt das Referat für Bildung und Sport eine Empfehlung für das darauffolgende Schuljahr vor.

Dieser Plan beinhaltet folgende Maßnahmen:

1. Einstellung von zusätzlichen Personen in den betroffenen Einrichtungen,

- z.B. Anwerbung von Erziehungspersonal aus dem Ausland, von Tagesmüttern und Tagesvätern sowie von Studierenden (Lehramt, Sozialpädagogik o.Ä.);
- die Verlegung von SPS- und Anerkennungslehrpraktikanten an diese Einrichtungen;
- die Einbeziehung ehrenamtlicher HelferInnen (etwa Großeltern)

um den geforderten Qualitätsanspruch auch mit verminderter Stammpersonalausstattung aufrecht erhalten zu können.

2. Überarbeitung der Buchungsmöglichkeiten hin zu einem Stundenmodell um benötigtes Personal zielgenau planen zu können.

3. Verstärktes Werben an allen Grundschulen für die Eröffnung dringend benötigter gebundener Ganztagszüge um die Horte, Tagesheime und Mittagsbetreuungen zu entlasten.

4. Verhandlungen mit dem Freistaat um an den betroffenen Grundschulen eine Betreuung der Kinder bis wenigstens 13 Uhr sicherzustellen.

5. Aufstockung von Mittagsbetreuungen

6. Überlassung von Räumen an betroffene Eltern um ihnen Selbsthilfe zu ermöglichen.

7. Um alle in den Einrichtungen vorhandenen Plätze tatsächlich zur Verfügung stellen zu können, gestattet die Stadt den oben beschriebenen Einrichtungen, von dem durch das BayKiBiG vorgesehenen Anstellungsschlüssel abzuweichen. Um mögliche finanzielle Einbußen, bedingt durch die Unterschreitung des Anstellungsschlüssels, zu minimieren nimmt die Stadt Verhandlungen mit dem Freistaat auf.

Begründung:

In der jüngsten Unterausschusssitzung Schule, Soziales, Kultur des Bezirksausschusses Trudering-Riem berichtete der Elternbeirat des Hauses für Kinder an der Feldbergstraße von der enorm

schwierigen Situation für Familien in Trudering. Aufgrund von Personalmangel kann die Einrichtung nicht all ihre Plätze offen halten und daher auch weniger Hortplätze anbieten als eigentlich angedacht. Der Mangel an Betreuungsplätzen im Bereich der Versorgung für Grundschul Kinder wird dadurch noch verschärft. Wenn Plätze aufgrund von fehlenden Personals geschlossen werden müssen, so bringt dies viele Familien in schwierige Situationen. Ohne eine funktionierende Betreuung am Nachmittag ist es den meisten Eltern nicht möglich berufstätig zu sein.

Damit sich der Mangel an Betreuungsplätzen für Grundschul Kinder nicht noch weiter verschärft, ist es notwendig, einen Notfallplan zu erstellen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um kurzfristig Abhilfe zu schaffen.

Die Stadt muss darauf drängen, dass an viel mehr Grundschulen gebundene Ganztagszüge eröffnet werden. Da diese Entscheidung nur von den einzelnen Schulleitungen getroffen werden kann, sollte das Referat nochmals verstärkt bei den Schulen dafür werben und auch den Freistaat in die Pflicht nehmen bei den Schulen mehr für den Ganzttag zu werben.

Um ein Schließen von Hortplätzen aufgrund von Personalmangel zu verhindern ist zusätzliches Personal unabdingbar. Kreative Lösungen bei der Personaldisposition, bei der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland oder beim Einsatz von zusätzlichen (fachfremden) Personen ist hier zwingend erforderlich. Sofern es erforderlich ist, muss die Stadt auch den – im BayKiBiG vorgesehenen – Betreuungsschlüssel unterschreiten. Dieser Schlüssel schreibt die Anzahl an Kindern pro Fachkraft vor und dient der Berechnung der Zuschüsse seitens des Freistaats. Die Staat muss hier in Verhandlungen mit dem Freistaat treten um eine Lösung für kurzfristige Unterschreitungen des Anstellungsschlüssels zu erzielen.

Bei diesem Vorgehen darf die pädagogische Qualität der Erziehung und Bildung in den Einrichtungen nicht leiden. Eine kurzzeitige Erhöhung der Gruppengrößen um 1-5 Kinder – wenn auf diese Weise Kinder betreut werden können, deren Eltern sonst größte Probleme hätten – ist sicher nicht optimal, jedoch möglich. Oberste Priorität muss dann auf der Nachbesetzung der vakanten Stellen in diesen Einrichtungen liegen, um die Unterschreitung des Anstellungsschlüssels so kurz wie möglich zu halten.

Das Referat für Bildung und Sport sollte zudem alle Möglichkeiten prüfen, inwieweit der Personaleinsatz durch ein stundenweises (und nicht nur Ganztagsplatz-) Buchungssystem in den betroffenen Einrichtungen besser gesteuert werden kann. Da viele Erziehungskräfte nur in Teilzeit beschäftigt sind, ergeben sich oftmals Probleme durch fehlendes Personal am späten Nachmittag. Gleichzeitig ist anzunehmen, dass nicht alle Eltern ihre Kinder bis zur Schließzeit der Einrichtung betreuen lassen möchten. Durch relativ einfache administrative Maßnahmen könnte hier eine Verbesserung erreicht werden. Die Aufstockung von bestehenden Mittagsbetreuungen, z.B. durch die Versorgung mit mehr Räumen, oder notfalls das Bereitstellen von Räumlichkeiten für die Selbsthilfe der Eltern – komplettieren einen Notfallplan, den das Referat für Bildung und Sport für das kommende Schuljahr erstellen sollte.

Oberstes Ziel muss es sein, möglichst keine Kinder unversorgt zu lassen und damit zu riskieren, dass Familie und Beruf unvereinbar werden.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Jutta Koller

Sabine Krieger

Oswald Utz

Mitglieder des Stadtrates